

# Der neue Tag

## Oberpfälzischer Kurier

Nummer 126

Donnerstag/Freitag, 31. Mai/1. Juni 1984

Einzelpreis 80 Pfennig

### Gegen Aussperrung Arbeitgeber in Hessen müssen Maßnahme zurücknehmen

**Hamburg/Frankfurt.** (dpa) Die hessischen Metall-Arbeitgeber müssen bis zum 6. Juni ihren Aufruf zur Aussperrung von 26 300 Metallarbeitern zurücknehmen. Mit dieser Entscheidung gab das Frankfurter Arbeitsgericht einem entsprechenden Antrag auf einstweilige Verfügung der IG Metall statt, teilte die Gewerkschaft am Mittwochnachmittag in Frankfurt mit. Ob damit die am Mittwochmorgen ausgesperrten Metaller bereits am Freitag oder am Montag wieder arbeiten können, war am Mittwohabend noch unklar.

Die Arbeitgeber haben bereits die nächste Instanz angerufen, die am Freitagmorgen ihren Spruch fällen soll. In einer Stellungnahme des Arbeitgeberverbandes heißt es: „Das Urteil ist politisch motiviert und überrascht uns deswegen nicht.“

Seit Mittwoch morgen sind im gesamten Bundesgebiet rund 350 000 Arbeitnehmer in der Metallindustrie von Streik und Aussperrung direkt oder indirekt betroffen. Nach dem Scheitern der Verhandlungen für Nordwürttemberg/Nordbaden am Dienstagabend in Ludwigsburg herrschte bei den Tarifparteien am Mittwoch offenbar Ratlosigkeit.

#### Hunderttausende ohne Beschäftigung

Nach Angaben von Gesamtmetall waren am Mittwoch in Folge von Streiks, Aussperrung und mittelbaren Streikfolgen 340 000 Arbeitnehmer ohne Beschäftigung. Auf Anfrage hieß es bei Gesamtmetall in Köln, 68 000 Arbeitnehmer seien im Streik, 63 000 seien ausgesperrt und rund 210 000 seien mittelbar von den Folgen des Arbeitskampfes betroffen. Nach Darstellung der IG Metall befinden sich 58 500 gewerbliche Arbeitnehmer im Streik, rund 105 000 seien „heiß“ ausgesperrt und etwa 207 000 mittelbar beeinträchtigt.

Der Arbeitskampf der IG Metall nimmt nach Auffassung des Präsidenten des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Wolfram Thiele, „arbeitsplatzvernichtende Formen“ an. Die kompromißlose Ablehnung des neuen Arbeitgeberangebots nährte den Verdacht, daß es „der offensichtlich tonangebenden Funktionsgruppe in der IG Metall nicht um die Interessen der Arbeitnehmer, sondern um parteipolitische Ziele geht“, erklärte Thiele.

#### „Noch länger, noch höher“

Der Stuttgarter IG-Metall-Bezirksleiter Ernst Eisenmann sagte zu den in Ludwigsburg gescheiterten Verhandlungen für das Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden: „Wenn wir diesen Stufenplan angenommen hätten, wären 85 Prozent der Beschäftigten in der deutschen Metallindustrie bis Ende 1988, also volle fünf Jahre, von jeglicher Arbeitszeitverkürzung ausgeschlossen gewesen.“

Nach Ansicht des DGB-Vorsitzenden Ernst Breit droht der Arbeitskampf in der Metall- und Druckindustrie nach dem erneuten Scheitern der Verhandlungen in der Metall- und Druckin-

dustrie „noch länger und noch härter“ zu werden.

Der Hauptgeschäftsführer der CDU-Sozialausschüsse, Heribert Scharrenbroich, hielt seiner Partei am Mittwoch vor, im Arbeitskampf der Metallindustrie einseitig Kritik an der IG Metall zu üben. Anstatt nur auf volkswirtschaftliche Schäden durch Streiks hinzuweisen, müsse klargestellt werden, daß auch die Arbeitgeber durch Aussperrungen an der Entwicklung beteiligt seien.

#### „Volkswirtschaftlich verderblich“

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hat „angesichts eines für den Aufschwung schädlichen, volkswirtschaftlich verderblichen und in seinen Auswirkungen zutiefst unsozialen Streiks“ die Verantwortlichen im DGB und seinen Einzelgewerkschaften aufgefordert, zur „Linie der Besonnenheit“ aus der Zeit der schweren Aufbaujahre der Bundesrepublik zurückzukehren. (Dazu der Kommentar)

### NATO-Tenor für Realismus und Stärke

#### Außenminister setzten Klausurtagung fort – Persischer Golf ein Hauptthema

**Washington.** (dpa) Mit Beratungen in kleinstem Kreis und hinter verschlossenen Türen setzten die Außenminister der 16 NATO-Länder am Mittwoch die Frühjahrstagung der Allianz in Washington fort. Dabei kamen das gespannte Ost-West-Verhältnis, der gegenwärtige politische Kurs der UdSSR und die Krise am Persischen Golf zur Sprache.

Zum Auftakt der informellen Beratungen berichteten Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und seine Kollegen aus Italien, Giulio Andreotti, und Spanien, Fernando Moran Lopez, über ihre kürzlichen Gespräche mit der Kreml-Führung. Die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur TASS nannte am Mittwoch die Steigerung der militärischen Stärke und die Ausdehnung des Wirkungsbereichs der NATO als Hauptthemen der Tagung. Dies gelte vor allem für das Gebiet des Persischen Golfes.

Beratungsgrundlage ist eine Studie über das Ost-West-Verhältnis, in der, wie es heißt, die Bereitschaft der Allianz zu Verhandlungen mit der UdSSR und die Notwendigkeit von Realismus und Stärke im Umgang mit Moskau unterstrichen wird. Dieser Tenor bestimmte auch die Reden von US-Vizepräsident George Bush, des



AMTSKOLLEGEN aus beiden Teilen Deutschlands: Bei der Eröffnung der DLG-Ausstellung in Frankfurt saßen die Landwirtschaftsminister der DDR, Bruno Lietz (links), und sein bundesdeutscher Amtskollege Ignaz Kiechle einträchtig nebeneinander. Ausführlicher Bericht im Innenteil  
Funkbild: dpa/UPI

französischen Außenministers Claude Cheysson und des NATO-Generalsekretärs Joseph Luns bei der Eröffnung der Konferenz am Dienstag in Washington.

Die UdSSR wurde wegen ihres Einmarsches in Afghanistan, der Lage in Polen, der Mißachtung von Menschenrechten, zuletzt im Fall des Ehepaares Sacharow, der ständigen Aufrüstung und des Abbruchs der Genfer Verhandlungen über die Atomraketen sowie für die Verschlechterung im Ost-West-Klima verantwortlich gemacht. Bush und Cheysson betonten, die UdSSR hätten über die notwendige Verteidigungsbereitschaft hinaus aufgerüstet und mit der Aufstellung von SS-20-Raketen das Gleichgewicht in Europa zerstört.

Dies wurde als indirekter Appell an die niederländische Regierung verstanden, entsprechend dem NATO-Beschluß 48 Cruise Missiles auf ihrem Gebiet zu stationieren. In Washington ging man davon aus, daß im Schlußkommunique die Entschlossenheit der NATO unterstrichen wird, den Fahrplan zur westlichen Nachrüstung mit 572 Pershing-2-Raketen und Marschflugkörpern einzuhalten und Moskau eindringlich zu einer Wiederaufnahme der Raketensprache aufzufordern.

#### Wegen „Obstruktion“ vor Gericht Englischer Bergarbeiterchef festgenommen

**London/York.** (dpa) Der Vorsitzende der Gewerkschaft britischer Bergarbeiter, Arthur Scargill, ist vor einer Kohlengrube in Süd-Yorkshire von der Polizei festgenommen worden und sollte sich wegen „Obstruktion“ vor Gericht verantworten.

Scargill, der eine landesweite Streikbewegung gegen beabsichtigte Zechenschließungen im staatlichen Bergbau leitete, hatte gegen ein Verbot der Polizei einige Streikposten besetzen wollen.

### Konzentration auf Solidaritätsstreiks

#### Drucker legten fast nur in Hessen die Arbeit nieder – Gespräche gescheitert

**Hamburg.** (dpa) Die Industriegewerkschaft Druck und Papier hat ihre Streikaktionen am Mittwoch auf das Land Hessen konzentriert. Die IG Druck rief hier 5000 Gewerkschaftsmitglieder in 50 Betrieben zu vierstündigen Solidaritätsstreiks mit den Metallarbeitern auf.

In 16 großen hessischen Metallbetrieben sind seit Mittwoch früh rund 26300 Arbeitnehmer ausgesperrt. Im Tarifgebiet Nordmark, das Schleswig-Holstein und Hamburg umfaßt, wurden nach Angaben der IG Druck zwei Betriebe ganztägig bestreikt.

Ein Tarifgespräch für die rund 165000 Beschäftigten in der Druckindustrie um die 35-

#### Seit langem wieder Opposition

##### Zweite Partei zieht in Ägyptens Parlament

**Kairo.** (dpa) Zum ersten Mal seit der Revolution Gamal Abdel Nassers vor 32 Jahren ist die konservativ-bürgerliche „Wafd“-Partei wieder in einem ägyptischen Parlament vertreten.

Wie aus dem amtlichen Endergebnis der ersten relativ freien Parlamentswahlen vom Sonntag hervorgeht, erhielt die „Neo Wafd“ 15,2 Prozent der Stimmen. Die erst im Dezember vergangenen Jahres nach langem Rechtsstreit wieder zugelassene Partei wird mit 57 Abgeordneten im neuen Parlament vertreten sein.

### Deutsche, Schweden und Japaner

#### TÜV testete Sicherheit und die Zuverlässigkeit von Autotypen

**Köln.** (dpa) Deutsche, schwedische und japanische Autos nehmen hinsichtlich Sicherheit und Zuverlässigkeit eine Spitzenstellung ein. Dies hat der Geschäftsführer des Technischen Überwachungs-Vereins Rheinland, Prof. Albert Kuhlmann, festgestellt.

Kuhlmann berief sich dabei auf den seit 14 Jahren erscheinenden und aus Millionen von Kraftfahrzeugprüfungsbefunden beruhenden „TÜV Auto-Report“ der Technischen Überwachungs-Vereine in der Bundesrepublik. Weniger gute Beurteilungen im Auto-Report hätten in dem Report dagegen die Fahrzeuge aus Frankreich, Italien und Großbritannien erhalten.

#### Kabinett beschloß vereinfachtes Verfahren für Verkehrssünder

### Rund 500 000 Bußgeldverfahren weniger

**Bonn.** (dpa) Um die Gerichte von rund 500 000 Bußgeldverfahren im Jahr zu entlasten, hat das Bundeskabinett am Mittwoch einen Gesetzentwurf beschlossen, der den Verkehrssündern Prozesse ersparen soll.

Nach Angaben des Justizministeriums sollen künftig als Ordnungswidrigkeit eingestufte Verkehrsverstöße zur Verwarnung mit einem Bußgeld von bis zu 75 Mark – bislang 40 Mark – belegt werden können. Da Bußgelder seit dem 1. Juni 1983 in der Flensburger Verkehrssünderkartei erst von 80 Mark aufwärts eingetragen werden, verspricht sich die Bundesregierung von der Neuregelung weniger Gerichtsverfahren, da sich diese oft gegen die Eintragung in die Kartei richten. Stimmt der Bürger dem Verwarnungsgeld zu, ist das Verfahren damit endgültig erledigt. Gegenüber geltendem Recht spart er auch noch 15 Mark an Gebühren und Zustellkosten.

Gleichzeitig soll die Einspruchsfrist gegen

einen Bußgeldbescheid von einer auf zwei Wochen verlängert werden, um die Erfolgchancen gründlicher zu prüfen und nicht – wie bisher – erst einmal „auf Verdacht“ Einspruch einzulegen. Daneben wird die Prüfungspflicht der Verwaltungsbehörde bei einem Einspruch ausgedehnt. Die Staatsanwaltschaft kann die Sache an die Verwaltungsbehörde zur weiteren Aufklärung zurückgeben, um unnötige Gerichtsverfahren abzublocken.

Außerdem soll der betroffene Verkehrssünder künftig Gelegenheit haben, vor der Abgabe seiner Sache an das Gericht Einwendungen vorzubringen. Der Umfang der Beweisaufnahme schließlich kann im Bußgeldverfahren begrenzt werden. Sieht das Gericht den Sachverhalt für geklärt an, kann es einen neuen Beweisantrag ablehnen. Mit Zustimmung der Beteiligten kann das Gericht auch auf eine erneute Zeugenvernehmung verzichten, wenn die Verlesung schriftlicher Vernehmungprotokolle für ausreichend gehalten wird.

Der Gesetzentwurf sieht ferner vor, die Strafindrohung für Autobahn-„Geisterfahrer“ auf Freiheitsentzug von bis zu fünf Jahren oder Geldstrafen festzusetzen, wie dies bereits für Wenden oder Rückwärtsfahren auf der Autobahn gilt.